Es knallt in den Kantonen

Der Luzerner Regierungsrat stellt den kantonalen IT-Sicherheitschef frei – aufgrund von dessen Kritik an der Einführung der Microsoft-Cloud. Auch in anderen Kantonen und Städten brodelte es wegen des US-Konzerns.

Von Adrienne Fichter, 16.06.2025

Die Schweiz hängt am Tropf von Microsoft. Exakte Zahlen fehlen zwar, doch allein der öffentliche Sektor kauft – laut Aussagen des Verwaltungsdigitalisierungsexperten Matthias Stürmer gegenüber der Republik – zu schätzungsweise 98 Prozent beim US-IT-Riesen ein.

Auch wenn SVP-Bundesrat Guy Parmelin vor ein paar Wochen noch kräftig die Hände von ranghohen Microsoft-Managern schüttelte: Die starke Abhängigkeit von amerikanischen Big-Tech-Konzernen sorgt wegen des erratischen US-Präsidenten allmählich für Beunruhigung in Bundesbern. Und führt zu einem Umdenken.

Parlamentarierinnen fordern zum Beispiel europäische Alternativen für die Speicherung von Bürgerdaten. Und die Bundeskanzlei versucht sich zumindest teilweise aus der Microsoft-Umklammerung zu lösen.

Doch in den Kantonen passiert vielerorts noch immer das Gegenteil. Viele Kantonsregierungen vertiefen die Zusammenarbeit und wollen künftig besonders sensible Daten auf Servern von Microsoft speichern. Oder sie treiben die Migration in Clouds des US-Unternehmens voran, als hätte man von geopolitischen Risiken noch nie etwas gehört.

Doch es gibt auch Kantone, in denen alerte Chefbeamte, Richter und Politikerinnen gegen Microsoft protestieren – was allerdings gravierende Konsequenzen haben kann.

IT-Sicherheitschef freigestellt

So kam es im Kanton Luzern vor rund zwei Wochen zum Knall. Der Chief Information Security Officer des Kantons wurde Anfang Juni freigestellt, wegen seiner Bedenken

zum zeitlichen Fahrplan von Microsoft 365, der Cloud-Lösung für den Office-Bereich. Das ergaben Recherchen der Republik.

Der Kanton Luzern plant seit vergangenem Jahr die Umstellung seiner Kommunikationsinfrastruktur und will diesen Sommer mit dem Projekt loslegen. Insgesamt kostet es 28 Millionen Franken, wie interne Unterlagen zeigen.

Der IT-Sicherheitschef als oberster Verantwortlicher für Cybersicherheit im Kanton hatte den Luzerner Regierungsrat darauf hingewiesen, dass die geplante Umstellung die strategischen Vorgaben noch nicht erfülle, wie mehrere Quellen der Republik bestätigten.

Der Kanton Luzern hatte vor einigen Jahren beschlossen, ein System zum Informationssicherheitsmanagement nach dem Vorbild des Informationssicherheitsgesetzes des Bundes aufzubauen. Das sollte Sicherheitsziele definieren, Risiken bewerten und Kontrollmechanismen festlegen. Der IT-Sicherheitschef stand auf dem Standpunkt, dass der Kanton die erforderlichen Hausaufgaben zur IT-Sicherheit rund um das Projekt Microsoft Cloud noch nicht erfüllt habe, was wiederum verschiedene Quellen der Republik bestätigt haben. Das System sei noch nicht genügend ausgereift, um cloudspezifische Risiken evaluieren zu können. Er trat deshalb auf die Bremse, für ihn war die Einführung im Sommer 2025 ein No-Go.

Für den Regierungsrat hingegen war eine Verschiebung der Umstellung keine Option – er entschied sich stattdessen, den Warner freizustellen.

Bis heute hat das zuständige Finanzdepartement weder intern noch öffentlich über die Personalie informiert. Der IT-Sicherheitschef selbst war für eine Stellungnahme nicht erreichbar, sein E-Mail-Konto beim Kanton ist bereits deaktiviert. Selbst für den verschwiegenen Kanton Luzern, der erst seit dem 1. Juni 2025 ein Öffentlichkeitsprinzip kennt, ist diese Nichtkommunikation sehr auffällig.

Ein Sprecher des Finanzdepartements dementiert: «Der Weggang hat keinen Zusammenhang mit der Einführung von Microsoft 365 beim Kanton Luzern.»

Diese Personalie ist aber nur die Spitze des Eisbergs.

Das Tempo für die Einführung der Microsoft-Cloud in diesem Sommer stösst nämlich auch dem Luzerner Datenschutzteam sauer auf. Einige Projektteile seien noch nicht

ausreichend bewertet, etwa das Kernstück der Migration, die E-Mail-Infrastruktur Exchange Online, wie aus einer Stellungnahme des Teams hervorgeht.

Schon ein Jahr zuvor hatten sich Kritikerinnen an der Begründung für das Projekt durch den Regierungsrat gestört. Er deklarierte dieses als alternativlos – eine Behauptung, die nachweislich nicht zutrifft. Eine cloudlose Variante wäre noch für mindestens fünf Jahre möglich, wie Microsoft selbst erklärt hat.

Der Protest der Gerichte

Kritik am Projekt äusserten auch die Luzerner Gerichte, und zwar in einer Stellungnahme vom Juli 2024, die der Republik vorliegt. Sie möchten die Microsoft-Software auch in Zukunft auf eigenen Servern – und damit unter eigener Kontrolle – nutzen. Nichts anfangen konnte die Judikative mit der lapidaren Empfehlung des Regierungsrats, einfach vom «wirtschaftlichen Nutzen» der Umstellung zu profitieren.

Dieser Aufforderung wollten die Verantwortlichen der Luzerner Gerichte lieber keine Folge leisten. Schliesslich sei «wirtschaftlicher Nutzen» für die Luzerner Judikative irrelevant, entscheidend sei das Funktionieren des Rechtsstaats. Die Gerichte hätten ihre Geheimhaltungspflichten zu erfüllen, weshalb die digitale Souveränität im Vordergrund stehen müsse: «Das Vertrauen in eine funktionierende, grundrechtskonforme Justiz ist ein äusserst wichtiges Gut.»

Ein Sprecher des verantwortlichen Luzerner Finanzdepartements behauptet gegenüber der Republik, der grösste Teil der sensiblen Verwaltungsdaten lande gar nicht in der Microsoft-Cloud, etwa Gesundheits- und Steuerdaten.

Doch das stimmt nicht.

In einem Regierungsratsbeschluss, der der Republik vorliegt, heisst es: «M365 wird ohne zusätzliche Verschlüsselung für Daten bis zur Stufe «vertraulich» und einschliesslich «besonders schützenswerter Personendaten» eingesetzt.» Das heisst, also auch für Daten zur Gesundheit oder zur Sozialhilfe. Nur die Daten der Stufe «Geheimhaltung» sind ausgeschlossen, also Informationen zur Identität von sogenannten Gefährdern und Ermittlerinnen oder zu militärischen Anlagen. Im Umkehrschluss heisst das: Die Luzerner Exekutive hat kein Problem damit, heikle Gesundheits-, Sozialhilfe- und Steuerdaten einem US-Konzern und damit den US-Behörden preiszugeben.

Selten hat ein Kanton sich in Sachen Datenschutz so fahrlässig verhalten.

Das Luzerner Datenschutzteam und die Luzerner Gerichte kritisierten diesen Freipass massiv, wie aus Unterlagen hervorgeht, die der Republik vorliegen. Im öffentlichen Tätigkeitsbericht schreibt das Datenschutzteam, dass das Projekt einen schweren Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung nach Artikel 13 der Bundesverfassung darstelle. In einer anderen Stellungnahme stützt es sich auf ein Gutachten des Basler Staatsrechtsprofessors Markus Schefer und des Lehrbeauftragten Philip Glass.

Die Versprechungen von Microsoft

Kantone wie Luzern, aber auch Bundesbehörden lassen sich von Microsoft noch immer vorgaukeln, dank vertraglichen Verpflichtungen die volle Kontrolle über den geografischen Speicherort ihrer Daten zu haben. Damit gemeint ist, dass alle Daten in Schweizer oder europäischen Microsoft-Zentren gespeichert sind und damit den Kontinent angeblich nicht verlassen.

Doch auch dieses Versprechen kann der Konzern nicht erfüllen, wie ein Blick nach Schottland zeigt: Dort haben vertiefte Abklärungen der schottischen Polizei ergeben, dass der IT-Konzern bei Microsoft 365 keine Datensouveränität garantieren kann. Das heisst: Sind die Daten einmal in der Cloud von Microsoft, werden sie auf alle Rechenzentren des Konzerns und auf alle Kontinente verteilt. Somit landen diese sicher auch auf US-Boden und können je nachdem der US-Jurisdiktion unterstellt werden.

Was dazukommt: Im Kanton Luzern steht das Personal in der Pflicht, Dokumente nach ihrer Geheimhaltungsstufe zu labeln. Das bedeutet, dass die gesamte Verantwortung darüber, welche Daten wo landen, auf die Mitarbeitenden abgewälzt wird. Diese müssen sich genau überlegen, ob sie ein Dokument in einem Mail anhängen oder in einer virtuellen Teams-Konferenz in den Chat stellen. Das Problem verschärft sich zusätzlich, wenn die KI von Microsoft für die Klassifizierung verwendet wird (die ebenfalls «in der Cloud» läuft).

Stadt Zürich zog die Notbremse

Datenschutzprobleme mit Microsoft gibt es aber auch in anderen Kantonen und Städten. Im Kanton Bern etwa kann die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde keine Fälle online besprechen oder bearbeiten, weil diese naturgemäss

schützenswerte Personendaten enthalten. Lädt ein Sachbearbeiter aus Versehen ein sensibles Dokument auf die Microsoft-Cloud, droht ihm wegen Amtsgeheimnisverletzung sogar eine Strafe.

Der Berner Regierungsrat reagierte auf dieses Problem – aber nicht so, wie man denkt: Statt sich nach einer alternativen Office-Lösung umzuschauen, die die Angestellten guten Gewissens für alles nutzen können, lässt er sich nun durch eine Anwaltskanzlei beraten, wie er die Microsoft-Cloud komplett «legalisieren» kann.

In der Stadt Zürich wiederum artete die Nutzung von Microsoft 365 komplett aus, wie aus Intraneteinträgen hervorgeht, die der Republik vorliegen. Offenbar lagerten immer mehr Ämter sensible Fachanwendungen auf das Dokumentenverwaltungstool Sharepoint Online aus – und damit auf Microsoft-Rechner. Fachanwendungen sind spezialisierte Softwareanwendungen, die für die Unterstützung fachlicher oder organisatorischer Aufgaben einer Dienstabteilung entwickelt werden, beispielsweise für die Schuladministration.

Das schreckte die zuständige IT-Abteilung derart auf, dass es am 7. Mai 2025 einen Stopp für das Outsourcing von Fachanwendungen mit schützenswerten Personendaten ausrief. «Diese Projekte wurden nun gestoppt, bis die neue Verschlüsselungsmöglichkeit verfügbar ist», bestätigt eine Sprecherin des zuständigen Finanzdepartements. Seither herrscht unter den Mitarbeitenden Unsicherheit, wie genau die Microsoft-Cloud-Infrastruktur genutzt werden darf.

Parlamentarische Debatte erforderlich

Vielen Datenschützern und Kantonsparlamentariern stösst besonders sauer auf, dass bei einem so politischen Thema wie der Nutzung von US-Clouds das Parlament nicht einbezogen wird. Für die meisten kantonalen Exekutiven gelten Entscheidungen rund um die IT-Infrastruktur als rein administrative Entscheidungen – ohne Mitspracherecht der Legislative.

Einen besonders krassen Fall von Intransparenz gibt es im Kanton Basel-Stadt. Datenschützerin Danielle Kaufmann hatte dort eine detaillierte Konsultation zur geplanten Migration von Daten in die Microsoft-Cloud durchgeführt und in einer Medienmitteilung deutliche Kritik geäussert: «So macht er [der Kanton] sich weitgehend von den erratischen und besorgniserregenden politischen Entwicklungen in den USA abhängig.»

Die Grünen-Politikerin Anina Ineichen forderte daraufhin den Bericht der Datenschützerin gemäss dem Öffentlichkeitsprinzip an. Die Datenschützerin hat das kantonale Finanzdepartement als zuständiges Organ um Herausgabe gebeten. Dieses hat vorerst die Herausgabe abgelehnt.

Der Regierungsrat wird das Parlament trotzdem nicht umgehen können: Ineichen hat im Grossen Rat inzwischen eine Motion für ein Gesetz zur Auslagerung von IT-Dienstleistungen eingereicht und erzwingt damit eine Debatte im Parlament.

Sollte der Microsoft-Cloud-Express nicht durch die Parlamente gestoppt werden, bleibt den Gegnerinnen nur noch der Gang vor Gericht. Auch anderswo regt sich juristischer Widerstand: Kantonsangestellte und engagierte Privatpersonen in Bern und St. Gallen wollen auf diesem Weg klären lassen, ob schützenswerte Personendaten überhaupt in eine US-Cloud ausgelagert werden dürfen, wie die Republik aus Insiderkreisen weiss.

Der Widerstand gegen Cloud-Lösungen von US-Konzernen formiert sich inzwischen auf allen Ebenen. Immer mehr Parlamentarierinnen, Datenschützer und IT-Sicherheitsexpertinnen schlagen Alarm. Jetzt ist die Debatte zur digitalen Souveränität der Schweiz definitiv auch in den Kantonen angekommen.